

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mh., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. März 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die langgestaltete Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamationen 1,50 Mh. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 29

Sozialreaktionäre Aktivität

II.

Sah man die im ersten Artikel von der deutschen Arbeitererschaft entrollten trüben Wirklichkeitsbilder in ihrer Totalität zusammen, so steigert sich der Eindruck zur Gewißheit, daß seit den Novembertagen 1918 unendlich viel verlan wurde. Die Phantastikförmige, die nach Ausbruch der Revolution in die Welt gebaut worden sind, waren der Abel größtes nicht. Daß die ökonomische Revolution nicht mit dem Donner Schlag, unter dem die politische das häßliche Deutschland zerbrach, eine neue Welt erleben lassen kann, ist für alle klar, die von den Altmehrern des Sozialismus positiv gelernt haben. Viel zu langsam hat diese Erkenntnis Boden gewonnen. Wenn alle Kraft der Arbeiterbewegung hätte zusammengeballt werden können, wären wir aber weiter gekommen, obwohl, wie Kaufsch in Herbst 1918 mit lehrlichem Auge erklärt hat, eine durch lange und schwere Kriegszeit zerrüttete Volkswirtschaft ein schlechtes Fundament für die Sozialisierung bildet. Die Entente diktator und die Ententeforderungen haben dieses Hindernis zu einem Berge anwachsen lassen. Die Londoner Konferenz hat ihn noch riesenhafter gemacht.

Ein verständlicher Zug darf aber bei dem fürchterlichen Tobwabbobu in der Arbeitererschaft nicht übersehen werden: das Drängen an sich von allen Seiten zum Sozialismus. Die Sehnacht nach einem Allar, nach einer Verheißung hat alle Richtungen tief erfährt. Den Kapitalismus wollen alle entbröhen. In dieser Richtung einig, ist man in den fast zweieinhalb Jahren um so unentschiedener über die Wege zum Sozialismus gestritten. Diktatur oder Demokratie bilden die Scheidungsgrenzen. Gewaltherrschal von Minderheiten oder systematisches Vorwärtsschreiten einer durch objektive Aufklärung geschulten Volksmehrheit waren und sind die Entscheidungstragen.

Sum Unglücke hat sich ein Teil der Arbeitererschaft, dessen tatsächlicher Umfang zu seinem lärmenden Auftreten nicht in Einklang steht, für das vom russischen Sozialismus gegebene Beispiel entschieden. Es wurde von ihm nicht bedacht, daß dieses schwächliche Siebenmonatshind nicht lebensfähig sein kann, und es wird jetzt noch nicht gesehen, daß das kommunistische Rußland mit seinem roten Millitarismus dem zaristischen schon nicht mehr viel nachsteht — der gleiche Faden, nur eine andre Nummer —, daß die Unterdrückungsmethoden des regierenden Bolschewismus denen aus zaristischer Zeit Konkurrenz machen (siehe den letzten Artikel in dieser Nummer), und daß der durch kommunistische Rezepte besetzte russische Kapitalismus durch die inzwischen geschehene Konjunktionsierung des ausländischen eine Abblöhung erfährt, für die denkende Sozialisten und Kommunisten kein Verständnis haben können. Was sich in Rußland darbietet, ist eben weder Sozialismus noch Kommunismus, sondern ein schlechtes Gemisch von beiden, das sich Bolschewismus nennt, von dem sich nicht erkennen läßt, welches Element am kürzesten dabei weghommt. Wäre das neurussische System mit den allgemeinen Überlieferungen und Vorstellungen vom Freiwerden der Menschen durch den Sozialismus vereinbar, würde gerade die deutsche Arbeitererschaft in ihrer Kompaktheit die Brücke nach Rußland finden, um gegen den deutschen wie gegen den Entente kapitalismus gemeinsame Front zu schließen, denn die soziale Reaktion zeigt internationale Aktivität. Aber der Bolschewismus ist ein untauglicher Bundesgenosse.

Es ist eine allgemeine Beobachtung, daß das kritische Bedürfnis sich stärker zeigt, je mehr links die Arbeitsgenossen stehen. Das kritische Augenmaß nimmt aber in derselben Richtungsentwicklung ab. Die am meisten sich über Illusionspolitik ereifern, stellen sich jedoch als die größten Illusionäre dar, wenn man sie ihre Welt bauen sieht. Daß es auch unter unseren Kollegen große Illusionisten gibt, ist in dieser Nummer an einigen Artikeln zu erleben. Sie werden in nächster Nummer Fortsetzung finden in ähnlich abwechselnder Schichtung, um dann in übermächtiger mit dem schon abgenutzten Oppositionstma einen für

einige Zeit geltenden Schlupfwinkel zu sehen. Es liegen ja noch so viel andre Sachen vor, wonach für den erstarrten Leser ein größeres Interesse geht. Nur einseitige Menschen vermögen auch einseitige geistige Stoff zu verdauen. Wir werden im Rahmen dieser beiden Nummern auch über Gewerkschaften und Kommunismus einiges zu sagen haben und möchten deshalb diesmal nur bemerken, daß die Verwendung so veralteten Materials wie in dem Artikel aus Hamburg als hübsche Argumentierung erkennen muß. Die wörtlich wiedergegebene Anklagerede des Moskauer Buchdruckerparlamentes aus dem Herker heraus in dieser Nummer mag unsern kommunistisch gesinnten Kollegen die Gewissensfrage vorlegen, ob denn solche Praktiken, die mit dem weichen Terror in Ungarn eine Art Verwandtschaftsverhältnis aufweisen, noch zu vereinbaren sind mit ihrem sonst vertretenen Standpunkte größter Freiheit auch im einzelnen und mit ihrem für das bolschewistische Evangelium entfalteten Idealismus.

Als ein Weckruf mit Polanentföhen gelangt während des Schreibens die sächsische Gewerkschafts tagung in Chemnitz zu unserer Kenntnis. Was dort am 6. März gesprochen, beraten und beschlossen worden ist, muß in seinen Hauptzügen als die vollste Erfüllung der sozialreaktionären Aktivität bezeichnet werden. Wir bitten, den nachfolgenden zweiten Artikel genau zu lesen. Man wird den sächsischen Sturmglödnern nur Dank wissen, auch wenn in Nebenfragen die Auffassung einmal nicht konform gehen sollte. Daß gerade vom hochkulturlosen Sachsen dieses grellschreiende Warnungssignal aufgezogen wird, ist zu begröhen, und zumal in der sich auch hier zeigenden Arbeitergemeinschaft, die dem Kommunismus wegen seiner Verleumdung der Gewerkschaften eine ganz schwere Abblöge erteilt, sowohl der Ablehnung (112 gegen 16 Stimmen) als auch dem deutlichen Inhalte der Resolution nach.

Es ist anzunehmen, daß die soziale Reaktion aus dem Scheitern der Londoner Konferenz verstärkten Antrieb erhalten wird. Man darf aber hier nicht alles über einen Leisten schlagen. Das Großkapital geht darin nicht eine Linie; darum ist die Masse auch über die Folgen der von der Entente nun demaskierten Gewaltanwendung leicht irrezuföhren. Darin steht man jedoch ganz klar, daß Einnes, der deutsche Finanzdiktator, sein Spiel von Spa her erreicht hat, und zwar mit einer unerhörten Provokation des deutschen Volkes und der Entente durch den Skandal des Tirpitz-Schiffbaus in Stensburg. Wenn dieser kapitalistische Übermensch neue Schiffe baut, dann dient er der deutschen Volkswirtschaft. Dadurch aber, daß Einnes mit den Taufnamen seiner Schiffe sozialagen eine schwimmende Etageallee errichten will, schädigt er Deutschland, wie es ein Landesverräter nicht schlimmer tun kann, denn die Stensburger Schiffstaule und vorher die in Bremen nehmen leicht bei unsern unerblöhtlichen Gegnern gemeine öhrliche Auswirkungen an. Aber auch das deutsche Volk will nicht von diesem kapitalistischen Diktator verhöhnt sein! Es hüllen ganz andre Töne im Reichslage gegen die Staatsgeföhrl die Frechheit von Einnes angeklagen werden müssen.

Man lagt diesem Manne manche Auserung nach, daß der Arbeiter mehr und sogar reichlich Lohn erhalten müsse. Sind diese Auserungen aber wahr, dann ist Einnes auch ein großer Täulcher. Er wird als Nichtkapitalist doch den Stachismus des Kapitalismus kennen, der aber lehrt nicht die Notwendigkeit hoher Löhne, sondern den Lohnabbau. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hat am 6. März zum zweitenmal in ganz kurzer Zeit eine Auserung über „das wirtschaftliche Hauptthema des Tages“ gebracht, indem sie diesmal eine „sehr geschözte Seite“ sich darüber verbreiten ließ. Wie da die zur Überschrift genommene Frage „Lohn- oder Preisabbau?“ entschieden wurde, ist in langen, auf ihre bedenkliche Wirkung anscheinend wohlhabewohlenen Ausführungen eine ganze Verneinung des angeblichen Standpunktes über die Notwendigkeit hoher Löhne. Wir können in dieser Nummer nicht die gefahrdrohenden neuen und hitzigen Auserungen des Unternehmerzentralorgans durchgehen, weil wir das Chemnitzer Warnungssignal gleich herausbringen

wollen, damit auch andernorts — am besten in Hamburg, wo die sozialreaktionäre Aktivität speziell mit dem Lohnabbau ihren Ausgangspunkt hat — Sturm gelaufen werden kann. Jedoch ist danach kurz zu sagen, daß Einnes gegen die Herausbeschözung einer außerordentlichen Gefahr für das deutsche Wirtschaftsleben seinen großen und vielseitigen Presseapparat mit einem Schnopdruck mobil machen könnte, wenn der Vorstoß der sozialen Reaktion nicht durchaus in seinem Sinne liegen würde.

Die Gesellschaft der „D. M. Z.“ führt alles und jedes wirtschaftliche Ungemach Deutschlands auf die „unselbige Lohnerböhung“ zurück, mit denen durch Abbau der Löhne Schluß gemacht und mit Verlängerung der Arbeitszeit (unter starker Empfehlung einer Entloshung des Gesamtverbandes des Textilmaschinenbaues vom 17. Juni 1920 für eine Wochenarbeitszeit von 60 Stunden) der Anfang zu weiterer „Geldunruhe“ gemacht werden soll. Der Redaktion des Zentralorgans geht die „sehr geschözte Seite“ noch nicht weit genug, sie nennt deshalb in einer Nachschrift „die gegenwärtige Lohnsteigerung sinnlos übertrieben und ein Verbrechen an der Volkswirtschaft“; mit einer Mehrarbeitsstunde (bei gleichem Lohne) könne aber der Preisabbau Zug um Zug durchgeführt werden. Das Ceterum censeo ist also erst Lohnabbau, dann ließe sich über das andre reden. Die Arbeitererschaft kann sich demnach auf Lohnkämpfe zur Verleibung des Bestehenden einrichten. Das sollte unsere Kollegen, die über das Gebraucharbommen noch nicht zur Ruhe kommen können, zum Nachdenken anregen. Die übrigen Anzeiger, auf die wir diesmal noch nicht zu sprechen kommen können, werden der deutschen Arbeitererschaft die Notwendigkeit des Zusammenbringens und des Ablassens von kommunistischen Streikverzettlungen deutlicher predigen.

Die sozialreaktionäre Aktivität in Deutschland wird von der gleichen Strömung in den Hauptententeländern einen tüchtigen Bundesgenossen erhalten. Die französische Bergwerksdirektion in Saarbrücken hat Ende Februar einen Abbau der Löhne um 4 Gr. pro Schicht zum 15. März angekündigt, was zu den bereits wiederholt angeordneten Feterischen eine enorme Schödlung der Saarbergarbeiter bedeuten wird. In England geht die „kapitalistische Offensive“ in der „Randfolge“ vor sich: Im Bergbau soll eine Lohnreduktion erfolgen, im Schiffbau soll sie auf 25 Proz. bemessen werden, im Baugewerbe auf 6 Schilling für die Lohnstunde; in der Textilindustrie und im Maschinenbau haben die Unternehmer die gleichen Absichten.

Die wirtschaftliche Weltkrisis soll eben auf Kosten der Arbeiter überwinden werden. Sie über ein Land daran ist, um so schlimmer für seine Arbeitererschaft. Die Gewerkschaften müssen also eine Einheitsfront bilden, sonst kommt ihnen das Kapital international mit seiner lückenlosen Front auf den Hals!

Gegen die Reaktion — für die Einheitsfront!

Wer mit offenen Augen unser gegenwärtiges Wirtschaftsleben überblickt, muß klar erkennen, daß das Unternehmertum ernst drauf und dran ist, die augenblicklichen Verhältnisse zu seinen Gunsten umzugestalten. Nehren uns doch schon die zahlreichen Entloshungen, wie unbehaglich ihnen streiten die Neugestaltung der Verhältnisse ist, die man im gegebenen Augenblick wieder rückwärts revidieren will. Hat man früher nur laßend zu sondern versucht, wie man die Rechte der Arbeiter leicht durchkreuzen und unwirksam machen will, so wird jetzt immer offenkundiger, daß sich das gesamte Unternehmertum in lieberhafter Rüstung befindet, um einen Generalkomm auf die Rechte des Proletariats zu unternehmen. Schwerste Kämpfe bereiten sich vor! Unser Wirtschaftsleben liegt darnieder. Arbeitslosigkeit herrscht im ganzen Reiche. Steuerung auf allen Gebieten drückt schwer auf das Volk, in dessen Konsequenz die Arbeitererschaft fortlage erst erblöhte Lohnkämpfe zu führen hat. Auf der andern Seite macht das engverbundene Unternehmertum alle Anstrengungen, um einen Lohnabbau durchzuführen, um den Arbeitslosen tag zu beseitigen und alle zugunsten der Arbeitererschaft geschaffenen Gesetze Bestimmungen zu durch-

Ichern. Alle diese Tatsachen beweisen, daß der Klassenkampf in ein verhärtetes Stadium treten wird; denn nicht allein für oder gegen einzelne Rechtszustände gilt es sich zu entscheiden, sondern der gigantische Kampf der Bürgerlichen mit der sozialistischen Weltanschauung hat sich in aller Klarheit vor uns auf. In solch gewaltigem Ringen gibt es nur ein Hüben und ein Drüben und Fragen wie Streit über die Richtung müssen angeht, die heraufzulebenden schweren Kämpfe zurücktreten, wenn die Arbeiterklasse Sieger bleiben will.

Von dieser klaren Erkenntnis war die von 37 Gewerkschaften und 91 Kartelldelegierten bestehende Konferenz der Gewerkschaftskartelle des Reichs auf Sachen, die am 6. März im „Volksbaus“ zu Chemnitz tagte, von Anfang bis Ende beherzigt. Gerade die Arbeitervertreter des industriereicheren Sachsen sind am ersten mit berufen, die gegenwärtige Situation ernsthaft zu übersehen und die gegebene Notwendigkeit dem Gesamtproletariat einzuhämmern. Nach Erledigung einer wichtigen inneren sächsischen Organisationsangelegenheit hielt Gewerkschaftsleiter Schenker (Chemnitz) ein außerordentlich instruktives Referat über: „Die Ansprüche auf die Arbeiterrechte“.

In etwa anderthalbstündiger Rede ließ der Referent die gegenwärtigen Arbeiterrechtsverhältnisse Revue passieren und belegte seine Darlegungen mit schlagenden Beweisen, wie das Unternehmertum flieberhaft daran arbeitet, einen Abbau der in der Nachkriegszeit geschaffenen Bestimmungen des Arbeiterrechts durchzuführen. Selen die Gewerkschaften schon außerordentlich stark angepöppelt durch ihre Tätigkeit, die Verelendung der Arbeiterklasse aufzuhalten, so müßten in Zukunft die Kartelle die arbeiterrechtlichen Fragen eingehend behandeln. Zwingend notwendig sei die Schaffung eines zeitgemäßen Arbeiterrechts und die Durchführung einer einheitlichen Arbeiterrechtspflege. Beide Teile, nämlich Unternehmer wie Arbeiter, sind mit dem gegenwärtigen Zustand nicht zufrieden; nur mit dem Unterschiede, daß jene die Zustände der Vorkriegszeit erleben, während unsere Forderung darauf hinausgeht, die als unzulänglich und unklarer erkannten Rechtsverhältnisse zu modernisieren und zu verankern. Hier ist der Punkt, wo wir in schärfere Kampffestigung zu den Unternehmern geraten wie bisher. Vier Fragen sind es, auf die das Unternehmertum zunächst seine ganze Kraft konzentriert, und zwar: 1. Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit, 2. Durchlöcherung des Koalitionsrechts, 3. Selbstherrliche Bestimmung des Kurzes in den Betrieben, und 4. Verwässerung des Schlichtungswesens und der Rechtspflege. Der Referent forderte eine organische Zusammenfassung der Rechtspflege und üble gleichzeitige scharfe Kritik an den aufgestellten neuen Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums. Die Gewerkschaften müßten alle Kräfte zusammenfassen, um alle Pläne, die auf Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau abzielen, gescheitelt und energisch abzuwehren. Die Dornbüsche Reichsarbeitsminister, der Plan der Arbeitsdienstpflicht und die immer wiederkehrenden Vorstöße bürgerlicher Kreise gegen den Achtstundentag lassen klar erkennen, wohin die Reise gehen soll. Die Unternehmer trommeln das ganze Wirtschaftsgebiet ab und wollen es für ihre Privatinteressen hurrell machen. Der Reichsverkehrsminister hält Anfragen, welche Ersparnisse sich mit dem Neunstundentag machen ließen, und der Abgeordnete Ull (Bavaria) macht sogar Propaganda für den Sechstundentag. Und all das geschieht in dem Augenblicke, wo Hunderttausende von Proletariern arbeitslos sind und deren Kaufkraft auf das tiefste gesunken ist! Das Streben nach Lohnabbau charakterisiert sich noch durch die Tatsache scharf, daß der gegenwärtige Standard weit hinter dem des Jahres 1914 zurücksteht. Angeht es dieser Zustände sei es dringende Pflicht der Arbeiterklasse, den Blick scharf auf den Gegner zu richten. Und weil alle gesetzlichen Bestimmungen keinen Zweck haben, wenn sie nicht durchgeführt werden, so seien gleichfalls in den maßgebenden Stellen Männer notwendig, die im sozialen Leben wurzeln. Solange die Minister die Gelagungen der Wehrkräfte leeren, gebe es nach dieser Richtung hin nicht weiter. Auf den jetzigen Beamtenkörper können wir uns nicht verlassen. Das Unternehmertum geht bewußt zur Offensive über! Der (perunglückte) Landfriedensbruchprozeß in Obernau ist ein treffendes Beispiel des Kampfes gegen die Gewerkschaften. Demgegenüber gibt es nur eins: Einstellung auf den Kampf, Zusammenfassung unserer Kräfte, eiserne Disziplin!

Die Debatte über diese klaren Ausführungen, die die gegenwärtige Situation hitzhaft beleuchteten, bewegte sich im Sinne des Redners und führte zur einstimmigen Annahme von nachstehenden zwei Resolutionen, in denen die Forderungen der Arbeiterklasse niedergelegt sind:

I.

Die am 6. März 1921 tagende Konferenz der Gewerkschaftskartelle Sachsen schließt in den Bestimmungen des Unternehmertums, die auf einen Abbau der in der Nachkriegszeit geschaffenen Bestimmungen des Arbeiterrechts abzielen, eine schwere Gefahr für die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Diese Bestrebungen bedeuten einen Bruch der Vereinbarungen zwischen den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerverbänden vom 15. November 1918, deren Auswirkung Wirtschaftskämpfe heraufbeschwören müßten, da die Arbeiterklasse jede Verschlechterung des Arbeiterrechts und des Arbeitererfolges entschieden zurückweisen wird.

Anschloßend erhebt die Konferenz scharfen Protest gegen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, die tägliche Arbeitszeit über acht Stunden auszudehnen und eine gesetzliche Regelung vorzunehmen, die eine Trennung von Arbeitern und Angestellten vorseht. Eine gesetzliche Regelung muß gemein am für Arbeiter und Angestellte erfolgen. Die Konferenz fordert ferner Sechstundentagspflicht und die Befestigung aller Ausnahmebestimmungen von der Sonntagsruhe.

Des weiteren wendet sich die Konferenz gegen alle gesetzlichen Eingriffe in die Rechte und Einrichtungen der Gewerkschaften, wie sie durch den Entwurf zur Schlichtungsordnung im Wege des Zwangsschlichtungsverfahrens vorgehoben sind. Die bezüglichen Vorschriften des Entwurfs zur Schlichtungsordnung bedeuten einen Bruch der Reichsverfassung und in Verbindung mit der Verordnung vom 10. November 1920 über Stillelegung lebenswichtiger Betriebe — deren Befestigung bringen gefordert wird — eine Beschränkung des Streikrechts der Arbeiterklasse und der Bewahrung der Gewerkschaften.

Die Konferenz fordert den sofortigen Ausbau der arbeiterrechtlichen Bestimmungen der Nachkriegszeit zur Sicherung des Arbeitsvertrags auf soliderer Grundlage unter Mitwirkung der Arbeitgeber- und Betriebsvereinigungen der Arbeiterklasse bei allen Fragen des Arbeiterrechts und der Produktion zu einem einheitlichen Arbeitsrecht und eine vom sozialen Geiste getragene einheitliche Rechtspflege durch Errichtung selbständiger und unabhängiger Gerichte.

Die Konferenz beauftragt den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, diese Forderungen bei der Reichsregierung zu vertreten.

II.

Die am 6. März 1921 tagende Konferenz der Gewerkschaftskartelle Sachsen sieht bei der gegenwärtigen Zusammenfassung der Gewerbeaufsicht und der oberen Verwaltungsbehörden, denen die Ausführung und Überwachung des Arbeiterrechts und der Arbeiterrechtsbestimmungen obliegen, keine hinreichende Gewähr für die Ausführung und Auslegung dieser Bestimmungen im sozialen Geiste, wie sie dem Reichsgefühle der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung entspricht.

Die Konferenz fordert deshalb von der Regierung des Reichs das Folgende:

1. Die Durchhebung der leitenden Beamtenstellen bei den oberen Verwaltungsbehörden mit Vertretern der Arbeiterklasse, denen praktische Erfahrungen auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Seite stehen, und die sich allein in der Ausübung ihrer Tätigkeit auf das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung stützen können.
2. Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Gewerbeaufsicht, in erster Linie durch Vorschlagsrecht bei Befehlzung der leitenden Stellen mit Vertretern der Gewerkschaften, die zunächst durch jahrelange praktische Erfahrung im gewerblichen Leben dazu berufen sind, in dem Sinne des vorliegenden Beschlusses die Arbeiter- und Arbeiterinnenverbände zu wirken, und Aufhebung aller landesgesetzlichen Einschränkungen hierzu.
3. Einsetzung von Gewerbeaufsichtsbekanntlichen bei jeder Gewerbeinspektion nach Vorschlägen der Gewerkschaften zur Pflege eines zweckmäßig gen. Schlichtungs-, Kinder- und Mütterhauses und zur Durchführung der Arbeiterinnenverbände.
4. Aufstellung von Richtlinien zur Durchführung aller gesetzlichen Bestimmungen der Arbeiterrechte und des Arbeiterrechts in Sachsen unter gemeinschaftlicher Mitwirkung und Hinzuziehung von Vertretern der Gewerbeinspektionen der größeren Gewerkschaftskartelle und Arbeiterkretorien in Sachsen.
5. Des weiteren fordert die Konferenz die Aufnahme des Arbeiterrechts, der Sozialversicherung und der sozialen Rechtspflege in die Lehrpläne aller höheren Lehranstalten und Heranbildung der Betriebsräte zu Wirtschaftsorganen durch Schaffung einer besonderen Landesarbeiterakademie.

Einem zweiten Vortrag bot Kollege Tempel (Dresden) über die aktuelle Frage: „Die Einbeil in den Gewerkschaften“. Er gab zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Gewerkschaften und wies darauf hin, daß die früheren Gegner sich aus Arbeitgebern, Kirch- und Schulmännern und christlichen Arbeitern rekrutierten hätten, zu denen sich jetzt noch die linksgerichteten revolutionären Arbeitkollegen gesellt hätten. Leider hätten sich die letzteren so weit nach links verirrt, daß sie bereits bei untern rechten Gegnern wieder anstoßen. Grundtätliche Differenzen beständen über die Auffassung von der Anwendung der Demokratie oder der Diktatur. Die Kommunisten seien festgelegt auf die 21 Thesen von Moskau und betrieben planmäßig die verlangte Zellenbildung, die der gewerkschaftlichen Spaltung Vorschub leistet. Das Moskauer „Diktat“ habe dieses Bemühen mit dem Vorwurf unglücklich überwandenen Militarismus. Dadurch werde aber jeder Maßrechtsbeschluss unmöglich und der Austausch der freien Meinung unterbunden. Wir müssen es ablehnen, uns von den russischen Gewerkschaften, die nur 2 1/2 Millionen Mitglieder umfassen, und in denen die gewaltigen Massen der Landarbeiter vollständig fehlen, uns die Bedingungen ihres Handelns vorschreiben zu lassen, denn die russischen Gewerkschaften sind im Verhältnis zu den deutschen bedeutungslos. Die Instruktionen, die die kommunistische Reichsgewerkschaftszentrale in Berlin ihren Anhängern erteilt, müßten zur Zerschlagung der gewerkschaftlichen Einheitsfront führen. Bei der größten deutschen Gewerkschaft, nämlich den Metallarbeitern, hat man das Spaltungswerk durchzuführen versucht und will es übertragen auf alle anderen Arbeiterorganisationen. Die Erwerbslosen hat man für keine Zwecke zu interessieren versucht, und für die Betriebsratswahlen ist von der kommunistischen Zentrale die Weisung ergangen, besonders kommunistische Listen auszufüllen. So betrachtet, kann es den Kommunisten wirklich nicht ernst sein mit der proletarischen Einbeil, und der berühmte Offener Brief war nichts weiter als der schlecht verhüllte Versuch, die zerfallenden Teile der kommunistischen Partei noch einmal zu sammeln. Das gilt es den Arbeitern klar zum Bewußtsein zu bringen. Die proletarische Einbeil wird nur verkörpert im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der das Lebenswerk der Besseren unter uns darstellt. Unser Ziel ist der Sozialismus! Wir sind uns bewußt, daß die Arbeiterklasse und mit ihr die ganze Internationale rein entwicklungsmäßig diesem Ziele näherkommen wird. Vor uns liegt das Ziel und in uns die Aufgabe, die wir nur zu lösen vermögen durch Klarheit und Geschlossenheit.

Zu diesen Ausführungen lagen zwei Resolutionen vor, und zwar eine des Referenten und eine von kommunistischen Vertretern. Letztere wendete sich gegen das Vorgehen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die dritte Internationale, vertritt den schärfsten Klassenkampfpunkt und verwahrt sich dagegen, daß die dritte Internationale gewerkschaftsfeindlich wirken würde. Die Kommunisten wollen nicht aus den Gewerkschaften austreten, sondern — sie nur im Interesse des Sozialismus und der Weltrevolution zu Organen des Klassenkampfes umgestalten. Diese kommunistische Resolution wurde gegen 16 Stimmen abgelehnt und die Resolution des Referenten angenommen. Sie lautet:

Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der deutschen Arbeiterklasse sind die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigte Berufs- und Industrieverbände. Die Zusammenfassung der Mitglieder geschieht weder nach politischen noch religiösen oder sonstigen, sondern lediglich nach wirtschaftlichen Grundfragen, Tätigkeit und Maßnahmen der Organisationen werden in

demokratischer Weise durch die jeweilige Generalversammlung festgelegt. In diesem einheitlichen und demokratischen Organisationsausbau und der toleranten Zustimmung über die Zugehörigkeit des einzelnen Mitglieds ist der Grund für die Größe der Gewerkschaftsbewegung zu finden.

Das Treiben der Anhänger der dritten Internationale und die ihnen angebotene Art der Tätigkeit in den Gewerkschaften ist jedoch geeignet, ihren einheitlichen Aufbau und Einrichtungen auf das schwerste zu gefährden.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften, ihre Unionsunfähigkeit und damit die Auslieferung der Arbeiterklasse an das Kapital muß die Folge dieses Treibens sein. Wehrlos wäre dann die Arbeiterklasse den Bestrebungen des Unternehmertums ausgesetzt.

In richtiger Erkenntnis dieser Methoden und der durch sie bedingten Folgerungen lehnt die Konferenz die Tätigkeit in diesem System ab. Sie begünstigt die einheitliche Stellungnahme und das Vorgehen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie einzelner Verbände und fordert alle Gewerkschaftsinstanzen auf, einer solchen Tätigkeit in der entscheidenden Weise entgegenzutreten. Die Gewerkschaftsbewegung darf nicht zum Tummelplatz politischer Parteien und Anschauungen werden.

Die in demokratischer Weise gefassten Beschlüsse konsequentermaßen Methoden und Taktik nach von Angehörigen unbefehlenden Art einzuführen versucht und so die Gewerkschaften in ihren Aufgaben in der schwersten Weise bindert, stellt sich damit selbst außerhalb derselben.

Die Gegenwart stellt große Aufgaben an die Gewerkschaftsbewegung. Immer mächtiger wird der Ansturm des Unternehmertums. Nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung wird die ihr gestellten Aufgaben zu lösen vermögen.

Mit dieser Tagung haben die berufenen Vertreter der sächsischen Arbeiterklasse die Parole zur Kampfbereitschaft gegeben und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Geschlossenheit der Arbeiterklasse allein nur den Sieg verbürgt gegen alle Widersacher, die offen und heimlich an der Arbeit hindern.

A. J.

Die russischen Gewerkschaften

Motto: Gest den Willen, Nun die Tat, Und am Ende den Sieg, Mühsal!

Warum ich diese Worte gerade gewählt habe, Kollegen? Aus einem sehr einfachen Grunde. Diese Worte bezeichnen recht scharf und eindeutig das Wesen und die Bedeutung der russischen Gewerkschaftsbewegung. Sie waren von einem festen, klaffenbewussten Willen erfüllt, aus dem Willen entsprang die revolutionäre Tat und beide erlöschten den Sieg —

Ein heiliger Kampf tobte innerhalb der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung um dieses Thema, innerhalb der deutschen besonders. Und da ist es unbedingt notwendig, die den Ausführungen der Kollegen Kalinowski und Grigorjan in Nr. 2 ein Dorn entgegenzusetzen wird. Besonders fällt jedem Leser der beiden Artikel auf, daß die beiden „Kenner“ K. und G. gar nicht in der Lage sind, ihren Blick auf den ganzen politischen und wirtschaftlichen Moment zu richten, sondern im engen Kreis ihrer Berufsinteressen umherzuschweifen lassen. Für uns als Proletarier ist es aber nicht Berufsinteressen, die zu berücksichtigen sind, sondern die Interessen der gesamten Arbeiterklasse, für die die Interessen der proletarischen, für die Zerschlagung der kapitalistischen Proletkation einzutreten.

Die Ausführungen der Kollegen K. und G. gleichen wohl in der Behauptung, daß es in Rußland keine „unabhängigen Gewerkschaften“ gibt. Der Kollege A. führt einen Brief an, der von den Vertretern der Uralgewerkschaften geschrieben sein soll, und zwar an den Gewerkschaftskongress in London. In demselben heißt es:

Eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung existiert in Rußland nicht, die bolschewistischen Machthaber unterdrücken die Gewerkschaften.

Von wem dieser Brief geschrieben ist, wer diese „Vertreter“ sind, kann ich nicht unteruchen. Ich möchte nur folgende Tatsachen feststellen: Gerade die Vertreter der Uralgewerkschaften haben am 20. Juni 1917 auf der dritten Konferenz der russischen Gewerkschaften scharfen Protest eingelegt gegen die Tätigkeit der Koalitionsregierung! Gerade die Uralgewerkschaften haben mit dem Anstoß gegeben zu der Aufrichtung der Sowjetregierung! Warum sagt der Kollege A. das nicht? Und außerdem: Wenn es in Rußland keine „unabhängigen Gewerkschaften“ gäbe, wie kommen dann diese Briefschreiber dazu, sich „Vertreter der 145000 Mitglieder der Uralgewerkschaften“ zu nennen?

Die Kollegen K. und G. stellen es so hin, als wenn die Gewerkschaften erst mit der Bestgreifung der politischen Macht durch die Bolschewiki von den letzteren beeinflusst worden wären. Wenn die Kollegen K. und G. wirklich so große „Kenner“ der russischen Verhältnisse sind, so müßten sie doch eigentlich (und das muß man verlangen) von folgenden Tatsachen Kenntnis haben; Als im August 1917 die Kerenski-Regierung eine Verdrückung mit den Sozialrevolutionären und den Liberalen herbeiführen wollte, griffen die Moskauer Gewerkschaften zum Streik; 500000 Moskauer Arbeiter traten in den Ausstand mit der Parole: „Die ganze Macht den Sowjets!“ Die Moskauer Metallarbeiter erklärten, daß es keine Sonderkonflikte der Metalle, Textil- oder Lederarbeiter gibt, es gibt bloß einen gewaltigen Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Die Textilarbeiter ergriffen im September 1917, den Sowjets allseitige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Auf der sozialdemokratischen Konferenz der Gewerkschaften, die ebenfalls im September in Petersburg tagte und die gegen die provisorische Regierung orientiert war, waren schon 70 Proz. der Delegierten Mitglieder der Partei der Bolschewiki, und am 9. Oktober 1917 traten 1000 Dele-

gen dem Sozialismus an. Die Gewerkschaften sind die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigte Berufs- und Industrieverbände. Die Zusammenfassung der Mitglieder geschieht weder nach politischen noch religiösen oder sonstigen, sondern lediglich nach wirtschaftlichen Grundfragen, Tätigkeit und Maßnahmen der Organisationen werden in

gierde der 200000 Textilarbeiter für „entschlossene Aktionen im Kampfe gegen die provisorische Regierung“ ein.

Der Kollege Meller schrieb in Nr. 2, daß alle Gewerkschaftsbeiträge durch Abzug vom Lohn eingezogen werden. Diese Methode hat die „persönliche Freiheit“ des Kollegen A. arg beleidigt. Wie haben wir uns dazu zu stellen? Daß ich über diese Methode noch diskutieren läßt, beweisen folgende Worte Zebels auf dem Parteitage 1899, indem er sagte, daß:

wenn es nach ihm ginge, ein Gesetz erlassen werden müßte, das ebenso wie den Krankheitszwang für einen jeden Arbeiter den Gewerkschaftszwang im Interesse der Besserung der Lebenshaltung einführt. Sie leben also, Kollege A., daß dieses Thema gar nicht so unbedeutend ist, wenn sogar Zebel einen solchen Schritt im Interesse der Besserung der Lebenshaltung befürwortete. Viel leidenschaftlicher würde Zebel wohl für diesen Zwang eingetreten sein, wenn er den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft noch fördern könnte.

Aber hören wir Zebel weiter:

Was ist mit den Ausführungen will? Es ist eine absolute Notwendigkeit, daß die Arbeiter sich in den Gewerkschaften organisieren. Es ist für mich selbstverständlich, daß die Gewerkschaften wie die ganze Klassenbewegung mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einen Kampf um Leben und Tod zu führen haben.

Die russischen Arbeiter und Bauern haben zwar den kapitalistischen Staat zerstört, ihr Kampf ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Der Kampf um Leben und Tod geht weiter gegen den Bosholl der Bürgerlichen und den der Adhornois und Genossen. Der Kampf geht weiter gegen den Verrat der Menschewitsch und Sozialrevolutionäre.

Die einzige, rein proletarische Gewerkschaft, die sich an den Kampf gegen die Sowjetregierung beteiligte, war die Gewerkschaft der Buchdrucker. Sie wollten die „Preßfreiheit“, verkünden aber nur darunter, daß die bürgerliche Presse im härtesten Kampfe die Volksmassen vergiften dürfe. Und weil die größte Zahl der Arbeiter Rußlands für die Sowjetregierung eintritt, haben auch die Buchdrucker ihr Berufsinteresse (die Preßfreiheit) dem Wohle des Ganzen zu unterwerfen.

Wenn von diesen Gegnern der Sowjetmacht Streiks in die Wege zu leiten versucht worden sind, so ist die Sowjetregierung selbstig darum scharf dagegen eingeschritten, weil sie sich gegen die Arbeiter selbst richteten. Der Streik, der sich gegen die Bourgeoisie richtet, bildet das heiligste Recht des Proletariats in seinem Kampfe gegen die Ausbeutung. Der Streik aber, der sich gegen die Arbeiterrevolution richtet, stellt einen antiproletarischen Akt dar. Das sind Fragen, Kollegen, die man nicht aus dem Auge verlieren darf, wie es den Kollegen A. und G. passiert ist.

Ich hoffe, daß diese Ausführungen etwas zur Klärung der Diskussion über das Wesen der russischen Gewerkschaften beigetragen haben. Die Demagogie der Kollegen A. und G. wird schon früh genug die Bilanz haben.

Hamburg. W. V. A.

Meine zweite Antwort

Es ist bekanntlich nicht leicht, auf alle Fragen und Einwendungen eine erschöpfende Antwort zu geben, da jeder Fragesteller seine Frage in seinem Sinne beantwortet wissen will. Zul man das nicht, ist man natürlich ein Demagoge, ein Arbeiterverräter, ein gegenrevolutionärer Kapitalistenfreund usw. Wenn mich die Herren Meller und Michailow als Feigling und Schuft dem geehrten Publikum vorstellten, so ist es auch dem Kollegen A. aus Hamburg unbenommen, mich der Demagogie, also der bewußten Volksverführung zu weihen. Deswegen gerät mein Blut nicht in Wallung, weil ich weiß, daß, wer von der öffentlichen Tribüne zum Volke spricht, sich auf allerlei Zwischenfälle gefaßt machen muß. Und die Verzeihung ist meiner Seele erquickendes Bedürfnis.

Daran, daß über die russische Gewerkschaftsbewegung keine Klarheit herrscht, sind vor allem die Russen selbst schuld, weil sie den gewerkschaftlichen Werdegang nicht im Lichte der rauben Wirklichkeit erscheinen lassen wollten. Die russische Gewerkschaftsdelegation unter Polowski sollte zwar Aufklärung darüber bringen, aber diese war so dürftig, daß man sich keinen passenden Rahmen zu dem gegebenen Bilde schnitzen kann. Dagegen ist es den Russen vollauf gelungen, den Keim der Zerlegung in die deutschen Gewerkschaften zu pflanzen und ihren geliebten Lung-n den kraft- und kraftschwächenden Bazillus der Uneinigkeit einzupflanzen. Aber auch dagegen findet sich ein heilendes Serum.

Die Kommunisten nehmen für sich in Anspruch, daß nur sie allein die richtigen Klassenkämpfer, die wahren Revolutionäre sind. Nur sie allein sind bereit, die persönliche Freiheit dem Wohle des Ganzen unterzuordnen. Nur sie allein sind die Erzieher der darbenenden Menschheit, die Betreuer des geschwächten Proletariats, die Verwalter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wohl sonderbar, daß diese klassenbewußten Kämpfer erst seit der Zeit ihre Selbstlosigkeit predigen, als ihnen die sozialistische Revolution die Freiheit der Meinung und der Presse brachte! Vorher, als das Eintreten für die Arbeiterinteressen noch mit großen Gefahren verbunden war, hat man die jetzt tapferen Revolutionäre nicht gesehen, da mußten die jetzt so geschwächten Sozialdemokraten, die „Bonzen“, die geschwollenen Vorarbeiten für die proletarische Revolution leisten. Ist es nicht so, lieber Herr Kollege?

Es ist gut, daß Kollege A. mich persönlich nicht kennt, sonst würde er wissen, daß ich schon vor der Revolution immer bereit war und jetzt desto mehr bereit bin, meine persönliche Freiheit und mein „enges Berufsinteresse“ dem

einen großen Ziele, der Erziehung der Menschheit aus der leiblichen und körperlichen Sklaverei, zu opfern. Wie habe ich mich getraut, als in die Finsternis meiner unglücklichen Soldatenherrlichkeit die Nachricht vom Ausbruch der Revolution in Petersburg wie ein heller Blitz hineinbrach! Schon einige Wochen vorher habe ich im Buchamer „Volksblatt“ den baldigen Ausbruch der russischen Revolution „prophezeit“ und die Verhältnisse, die dazu geführt hatten, erläutert. Ich hatte die freudige Genugtuung, daß meine Prophezeiung schneller, als ich annahm, in Erfüllung ging. Als aber die Volkswut im Laufe der Zeit dieselben Methoden der Gewalt gegenüber Andersdenkenden, ja selbst gegen Sozialdemokraten, die doch zu demselben Ziele streben, anwandten, als sie sich genau derselben Zwangsmittel, die sie vorher so heroisch am despotischen Zarismus bekämpften, zwecks Erhaltung ihrer Macht bedienten, da mußte auch ich meine gute Meinung von den Volkswut revidieren. Da ich grundsätzlicher Gegner jedes körperlichen und geistigen Zwanges bin, kann ich mich auch mit der Taktik der kommunistischen Gewalttäter nicht befreunden. Es ist nämlich sehr, Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht zu provozieren und die Schuld für die blutigen Opfer, die die aufgeputzten Arbeiter gewöhnlich bringen müssen, rücksichtlos auf die Regiere und Scheidemänner abzuwälzen.

Kollege A. beweist den Brief der Urarbeitsgewerkschaften an den Londoner Gewerkschaftkongress. Der von mir zitierte Brief ist dort tatsächlich verlesen worden und war mit beglückwünschenden Unterdrücken versehen. In den meisten Kongressberichten ist er absichtlich verschwiegen worden. Im Jahre 1917 haben sich für das Programm der Volkswut sämtliche russischen Gewerkschaften ausgesprochen, darunter auch die Urarbeitsgewerkschaften. Der gewichtigste Grund dazu war der aus begrifflicher Friedenssehnsucht geborene Wunsch, den kriegerischen Massenmord unter allen Umständen zu beenden. Die weitere Entwicklung der Dinge hat aber manche Gewerkschaften in eine gewisse Opposition zur bolschewistischen Politik gebracht. So sind auch die Urarbeitsgewerkschaften schließlich zu anderer Ansicht gekommen, ebenso wie viel früher schon die Petersburger und Moskauer Buchdrucker. Daß die Urarbeitsgewerkschaften sich dem kommunistischen Einflusse bisher noch zum Teil entziehen konnten, liegt daran, daß die Kommunisten des Urarbeitsgebiets sich noch nicht stark genug fühlen, um die „renitenten“ Gewerkschaften in den kommunistischen Schaffall einzupferchen.

Ich habe mich nicht gegen die zwangsweise Einziehung der Gewerkschaftsbeiträge gewandt, sondern habe gesagt, daß Meller und Polowski sich im Widerspruche befinden, wenn ersterer 1 Proz. Lohnabzug als Gewerkschaftsbeitrag angibt, letzterer dagegen 2 Proz. Derselbe Widerspruch unterliegt beiden auch bei Angabe der Mittelverehrungen. Daraus zog ich die berechtigte Schlussfolgerung, daß wahrscheinlich beide die russische Gewerkschaftsbewegung nicht genau kennen. Ich sprach mich ebenfals, auf Zebels Standpunkt, denn wenn jemand Mitglied eines Verbandes wird, so verpflichtet er sich auch zur Beitragszahlung; und da kann es ihm ganz gleich sein, ob der Beitrag zwangsweise eingezogen wird oder nicht. Meine meine Erkenntnis kann also auf meine persönliche Freiheit, die ich gar nicht so hoch stelle, wie Kollege A., das annehmen, keinen Einfluß ausüben.

Der sogenannte Verrat der Menschewitsch, also auch der Moskauer Buchdrucker, resultiert nicht aus ihrer angeblichen Kapitalistenfreundlichkeit, sondern daraus, daß sie Gegner einer Gewaltpolitik sind, wie sie von den Bolschewisten praktiziert wird. Die Weltgeschichte lehrt, daß die Gewalt das schlechteste Mittel zur Menschheitsbeglückung ist. Früher oder später wendet sie sich gegen ihre Väter. Das wird auch Lenin und seine Gemeinde erfahren müssen. Eine gute Idee braucht nicht gewalttätig propagiert zu werden! Man soll keinen Menschen zu seinem Mische zwingen, wenn er dieses Mische als Joch empfindet. Wer für sich die Freiheit der Meinung beansprucht, darf sie auch andern nicht beschneiden. Das tun aber die Kommunisten in ausgiebigstem Maß. In Rußland zernst sie über Verrat der Menschewitsch, die doch auch die kapitalistische Anarchie durch den aufbauenden Sozialismus erleben wollen, dürfen aber die überlebende Indifferenz der sogenannten Parteilosen, die bei allen Wahlen vielen ihrer Kandidaten zum Siege verhelfen. Begeben denn die Parteilosen keinen Verrat an der Revolution, wenn sie dem Kommunismus ablehnend gegenüberstehen? Ende des vorigen Jahres wurden die Wahlen zu den örtlichen Sowjets in Witebsk und Charkow gestiftet. Alle einflussreicheren Menschewitsch wurden auf die Dauer des Wahlkampfes in nach eingesperrt und ihre Kandidatenlisten als nicht bestehend erklärt. Trotz dieser „Wahlfreiheit“ erlangen in Witebsk von 120 Mandaten die Menschewitsch 26, die Kommunisten 30 und die Parteilosen 57, in Charkow dagegen die ersteren 40 Mandate. Das ist von vielen nur ein Beispiel der kommunistischen „Wahlfreiheit“. Dürfen denn die Parteilosen „die Volksmassen vergiften“, während das den Menschewitsch als grübel Verbrechen angesehen wird?

Ich weiß ebenfals wie Kollege A., daß die Preßfreiheit von den kapitalistischen Zeitungsschreibern zum Schaden des Proletariats mißbraucht wird. Bei den heutigen Bildungsmöglichkeiten sollte aber jeder denkfähige Arbeiter die Spreu vom Weizen unterscheiden können. Ein Arbeiter soll zum Arbeiter stehen! Diese einfache Erkenntnis sollte dem primitivsten Arbeiterverstande geläufig sein, dann müßten daran auch die übelsten Verleumdungen der Arbeiterbewegung seitens der kapitalistischen Goldschreiber unwirksam zerfallen. Wenn die Arbeiter keinen „Generalanzeiger“ oder ähnliche kapitalistische Gebotverleumdungserzeugnisse mehr lesen, wird

auch die schrankenlose Preßfreiheit ihrer Sache nicht mehr schaden können.

Neben der nichtbolschewistischen Presse werden in Rußland auch die meist unpolitischen Vertreter der Wissenschaft verfolgt, die das bolschewistische Dogma nicht zur Basis ihrer wissenschaftlichen Forschungen nehmen. Die Verfolgungen haben unlängst einen derartigen Umfang angenommen, daß selbst Martin Gorki, eingekerkertes Mitglied der kommunistischen Partei, energig dagegen protestierte und in einem Briefe die Entlassung der Gelehrten forderte. Darin ist u. a. zu lesen:

Nach meiner Meinung besteht der Reichtum des Landes und die Stärke des Volkes in der Menge und Güte seiner intellektuellen Kräfte. Eine Revolution hat nur in dem Umfange Bedeutung, in dem sie sich die Förderung und Entwicklung dieser Kräfte angeeignet sein läßt. Es ist klar, daß wir keine Hoffnung haben, zu liegen, und keinen Mut, Niederlagen zu erleiden, wenn wir so barbarische und beschämende Mittel anwenden, wie diese Verwüftung der kulturellen Kräfte des Landes nach meiner Meinung ist. Was ist dies anders als der Ausdruck unserer Feigheit und der Erkenntnis unserer Schwäche!

So ist es! Wenn die kommunistischen Gewalttäter fortfahren, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, wird das Westleben verenden, das doch nur bei voller Freiheit gedeihen kann. Der Kampf der Meinungen hat immer betrachtend auf die Entwicklung der Menschheit gewirkt. Darum wird auch der Kommunismus insolge seiner Geistesarmut verdorren, wenn er nur seine Meinung, sein Dogma für das öffentliche Leben als zulässig erklärt.

Die Firma Sinowjew & Polowski wird nicht müde, die Antlerdamer Gewerkschaftsinternationale, der 25 Millionen Mitglieder angehören, als gelbe Klistruppe der Bourgeoisie zu beschimpfen. Wenn also die Zentralgewerkschaften gelbe Geheide sind, warum gehören ihnen die kommunistisch orientierten Mitglieder noch an? Können Sie, Kollege A., es mit Ihrer Überzeugung vereinbaren, einer gelben Organisation anzugehören? Etwas besser dürfte kein Kommunisi einer solchen Organisation angehören, da er doch nach der Moskauer Lehre indirekt der Bourgeoisie die Seigbügel hält und somit an der Revolution Verrat übt. Erst wurde den Kommunisten aufgegeben, aus den Zentralgewerkschaften auszutreten und Unions zu gründen, als aber diese Erwartungen häufig scheiterten, sollten sie darin verbleiben, um mit Hilfe der berühmten Keimzellen die Gewerkschaften unter ihren Einfluß zu bringen. Jetzt ist es ihnen glücklich gelungen, die Einheit der gewerkschaftlichen Union zu stören und das Brandmal der Uneinigkeit zu entzünden. Sie bestehn sogar die Annahme, zu behaupten, die „Bonzen“ zerstörten die Gewerkschaften und laborierten die proletarische Einheitsfront, als auf den bekannten „Offenen Brief“ der kommunistischen Partei an alle proletarischen Organisationen ein ablehnender Bescheid gegeben wurde. „Jetzt gilt es“, schreibt die kommunistische Presse, „das Spiel zu häßeln. Sie, Kommunisten darf jetzt aus den Gewerkschaften austreten.“ Ja, wie kann man das spielen halten, wenn man die Gewerkschaften sprengen will? Erkläret mir, Graf Strindur, diesen Zwiespalt der Natur!

Die deutschen Gewerkschaften haben schon viele Beweile internationaler Solidarität, auch der russischen Revolution gegenüber, gegeben. Sie haben den russischen Gewerkschaftsdelegationen die Einreise nach Deutschland ermöglicht, sie haben ihre Mithilfe am Wiederaufbau der russischen Volkswirtschaft durch Lieferung von Maschinen und Transportmitteln zugeeignet, haben die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen behindert und haben Rußland jede moralische Hilfe zuzelt werden lassen. Darum sollten die Kommunisten nicht gehen, sondern mit den Gewerkschaften gehen, denn nur so dienen sie dem Proletariat am besten. Dann wird sich auch die wirtschaftliche Lage der ausgepörrten Arbeiter heben, die die erste Grundlage der geistigen Revolution, der Durchdringung der Urwelt mit sozialistischem Geist, ist.

W. V. A. Viktor Kainowski.

Zur Frage der sowjetrussischen Gewerkschaften

Der Verteidiger der sowjetrussischen Gewerkschaftspolitik, Kollege W. V. A. (das „v.“ darf ein richtiger Sowjetmann nie verpassen, schon aus Gegenatz zu der verachtenswürdigen demokratischen Deutschen Republik und ihrer das „v.“ vernehmenden Verfassung; selbstverständlich), legt mir in seinem Artikel die Bezeichnung „Demagoge“ bei. Die Redaktion des „Korr.“ ist so freundlich, mir die Mäßigkeit zur Erwidrerung zu geben. Ich werde die Liebenswürdigkeit der Redaktion nicht mißbrauchen und mich daher ganz kurz fassen.

Die Schimpfworte lassen mich vollständig kalt, denn die Erfahrung lehrt, daß sie in der Polemik gewöhnlich aus Verlegenheit gebraucht werden, aus Mangel an Argumenten. Ich hätte eher erwarten können, daß mir ein Vorwurf deswegen gemacht würde, meine Ausführungen im „Korr.“ Nr. 2 vom 6 Januar wären zu allgemein gehalten. Kollege W. V. A. meint dagegen, ich urteile aus dem engen Weltbistkreise der Berufsinteressen. Mein Artikel berührt das Berufsinteresse nur insoweit, als darin einige Epiloben erzählt werden. Am übrigen behandle er allgemeine Fragen, so daß ich, wie gesagt, befürchte, man werde mir gerade diesen Umstand als Mangel anrechnen. Die sozialdemokratische Parteipresse (z. B. der „Vorwärts“) hat aus meinem Artikel größere Auszüge wiedergegeben, indem die darin enthaltenen Gedanken als Material von „grundtätiger Bedeutung“ bezeichnet wurden.

Auf diese meine Argumente geht Kollege W. v. A. gar nicht ein. Ich bin aber so unbedarft, zu behaupten, daß es gerade auf diese Argumente sehr viel ankommt. Das sind: die Frage des Sozialismus in einem reinen Bauernstaat wie Rußland, und im Zusammenhange damit die Rolle der nackten Gewalt, ferner die den Gewerkschaften zufallenden Aufgaben — keine selbständigen Arbeiterorganisationen, trotzdem die Lohnarbeit nicht abgeschafft ist, also Werkzeug zur Beeinlichung der Arbeiter und nicht ihre Interessenvertretung — und vieles andre. Berlin. A. Grigorjanz.

Erwiderung und Verteidigung

Verschiedene Berichte über die Tätigkeit der russischen Delegation zum internationalen Buchbinderkongress, die in der Fachpresse und vor allem auch im „Stor.“ erschienen sind, ebenso persönliche Verdächtigungen der österreichischen Verbande:lei ungen gegen mich machen es nötig, der deutschen Kollegenchaft durch den „Stor.“ eine Richtschnur zu unterbreiten.

Der österreichische Verbandsvorstand hat uns aus Anlaß vor einer Spaltung des Verbandes nicht Gelegenheit geben wollen, zu den Wiener Kollegen zu sprechen als Vertreter zu Profetieren, um sie mit unfern Verhältnissen vertraut zu machen, während man in Berlin unfern diesbezüglichen Verlangen entprochen hat. Kollege Pochop, Vorsitzender des österreichischen Verbandes, sagte zwar zu, verlobt aber die jugendliche Verarmung bis zum Mittwoch nach den Wahlen. Als wir am Dienstag bei dem Verbandsvorstand vor sprachen, sagte Pochop, er könne unser Referat nicht zulassen, da wir damit nur Propaganda betreiben wollten. Nachdem wir auf diese Art abgelehrt waren, haben wir dann einen Aufruf an die Kollegen in der „Nolen Fahne“ erlassen. Da auf jing der „Vorwärts“, das Organ des österreichischen Buchdruckerverbandes, seinen Verdächtigungsbeitrag an.

Er operierte in dem, was er gegen mich zu sagen hat, mit Unwahrheiten größter Art. Nachdem auch der „Stor.“ diese Dinge übernommen hat, kann ich den deutschen Kollegen die Wahrheit darüber nicht vor entfallen.

Als im Januar 1918 der große Generallstreik das bürgerliche Österreich erzittern machte, wurde ich mit noch 13 anderen Personen verhaftet. Wir saßen neun Monate, bis mit der Revolution die Amnestie kam, im Landesgericht. Während der ersten Monate, als mir der Untersuchungsrichter gelagt hatte, daß ich nach Verbüßung meiner Strafe als Ausländer aus Österreich ausgewiesen werde, eruchte ich den Verband um die Auszahlung einer Unterstützung oder einmaligen Abfindung an meine Familie (Frau, Mutter und zwei Kinder). Ich glaube dies um so eher zu können, als ich infolge der zu erwartenden Ausweisung niemals hätte in den Genuß der durch zwölfjährige Beitragszahlung erworbenen Unterstützungsrechte treten können. Der Verband beschloß, mir eine Unterstützung in Form von Altersrückstellungen in Höhe von 80 (say) Tausend Schilling zu leisten. Mit diesem Gelde sollte meine Familie neun Monate leben. Nun legte der österreichische Verbandsvorstand meinen damaligen sehr begrifflichen Protest dahin aus, daß ich die Beiträge für die ganzen zwölf Jahre zurückverlangt hätte. Zu einer so unflinigen Behauptung gehört wirklich die Verwirklichung des Grundes der tiefen Abneigung des österreichischen Vorstandes gegen meine Person ist aber die scharfe kritische Stellung, welche ich 1918 gegen diejenigen Verbandsmitglieder eingenommen habe, die sich gegen den damaligen Solidaritätsstreik gewandt haben. Das können diese Herren nicht vergessen, und sie sind besorgt darum, daß sich eine derartige Situation nicht wiederholen möge.

Die Wiener Kollegen sind trotzdem zu einer Verarmung gekommen, und obwohl die Polizei, den Verbandsvorstand unterstützend, uns aus dieser Verarmung hinwegführte, haben die Kollegen doch das erfahren, was wir ihnen zu sagen hatten.

Es ist bedauerlich, daß eine sozialdemokratisch geleitete Organisation mit solchen Mitteln gegen uns vorgehen konnte. Scheinbar sind es die einzigen, von denen sich die alle Sozialdemokratie im Kampfe gegen uns noch Erfolg verspricht. Der Tag wird nicht fern sein, wo sie ihre Taktik aus eigener Erfahrung selbst ändern wird.

Der Bericht der holländischen Kollegen ist ebenfalls fehlerhaft insofern, als ich nie gefagt habe, wir hätten zwei Millionen Mitglieder. Ihre Mitgliederzahl ist vielmehr etwa 80.000. Ich habe ferner gefagt, daß die Maschinenfehler durch Mangel nur 7000—12.000 Buchstaben pro Tag leisten, nicht aber pro Stunde, und habe dabei die deutsche Leistung von 6000 Buchstaben pro Stunde zum Vergleiche herangezogen.

Abgesehen haben wir dem Kollegen Mallini einen ausführlichen Bericht über die graphische Industrie Rußlands übergeben. Wir hoffen, daß er einmal veröffentlicht werden wird zur Nichtigstellung der vielen falschen Behauptungen. A. Meller,

Mitglied des russischen Zentralkomitees der graphischen Industrie.

Wie die Sowjetregierung mit Arbeiterorganisationen umgeht

(Ein Appell des Vorstandes des Moskauer Buchdruckerverbandes aus dem Gefängnisse)

Wielangend als alle Berichte schildert uns die nachfolgende Erklärung des Moskauer Buchdruckerverbandes, wie es in Wahrheit um die angebliche „Diktatur des Proletariats“ in Rußland bestellt ist. Diese im

Gefängnisse verfaßte Erklärung ist erst jetzt im „Sozialistisches Westnik“ in vollem Wortlaut abgedruckt. Wir bringen sie in ungekürzter Übersetzung. Die Kollegen mögen sie mit der Aufmerksamkeit lesen, die dieses menschliche Dokument verdient und wollen dann sich des in Nr. 119 v. S. abgedruckten „Aufrufs der Moskauer Buchdrucker an das internationale Proletariat“ erinnern. Sie mögen es sich auch überlegen, was von einer „sozialistischen Regierung“ zu halten ist, die ihre Meinungsgegner, ihre Klassenossen, welche auf ihre Art dem gleichen Ziele zutreten, dabei jedes bewaffnete Vorgehen, jede Intervention von Seiten der Revolutionsgegner strikte ablehnen, so drangaliert, wie sie es mit den Moskauer Kollegen getan hat.

An das Zentralkomitee
An den Zentralrat der Gewerkschaftsverbände

Erklärung

der in der Angelegenheit des Moskauer Buchdruckerverbandes in das Zagsker Gefängnis (Moskau) eingesperrten: G. M. Buhkin, A. G. Dewjalkin, N. S. Zjulin, A. N. Danilin, S. M. Sachowlew, S. S. Senin.

Am 18. Juli d. J. wurde von der Moskauer Außerordentlichen Kommission durch Anwendung roher Gewalt eine Arbeiterorganisation, der Moskauer Gewerkschaftsverband der Buchdrucker, d. h. die Moskauer Filiale des Allrussischen Zentralverbandes der Arbeiter des polygraphischen Gewerbes, zertrümmert. Alle Vermittel und Akten des Verbandes sowie die Räume, die von Bewaffneten besetzt wurden, eigneten sich Leute an, die von den Moskauer Buchdruckern her zu keine Vorteile hatten.

Die gewählten Mitglieder des Vorstandes, im ganzen elf Personen, wurden verhaftet. Der verhaftete Vorstand wurde im November 1919 durch die gleiche und geheime Abstimmung gewählt, an der sämtliche Mitglieder der beiden zusammengekommenen Verbände (Moskauer Verband der Arbeiter des Druckgewerbes und der Arbeiter des polygraphischen Gewerbes, sogenannter Roter Verband) teilgenommen haben. Die Abstimmung erfolgte auf Grund von Bestimmungen, die von den beiden Verbänden unter Mitwirkung des Moskauer Gouvernementsrats der Gewerkschaften ausgearbeitet worden waren. Abgesehen von dem Vorstand wurden noch 29 Vertrauensleute der Arbeiter, Mitglieder der Betriebskomitees und Verbandsmitglieder, verhaftet.

Die Verhafteten wurden in verschiedenen Gefängnisse eingesperrt, wo sie drei Monate verbrachten, ohne daß ihnen irgendwelche Anklagepunkte eröffnet wurden. Endlich füllte die Moskauer Außerordentliche Kommission durch eigenmächtigen Beschluß, ohne jegliche Gerichtsverhandlung, ohne die Gründe oder irgendwelche Erläuterungen anzugeben, das folgende Urteil:

- Die Kollegen: 1. Gija Michailowitsch Buhkin, 2. Alexander Feodorowitsch Dewjalkin, 3. Nikolai Swanowitsch Zjulin und 4. Alexei Bogdanowitsch Romanow — Internierung im Konzentrationslager und zwei Jahre Gefängnis;
- Die Kollegen: 1. Swan Nikolajewitsch Sachowlew, 2. Bjor Nikolajewitsch Danilin, 3. Michail Swanowitsch Senin und 4. Alexander Konstantinowitsch Mchankin — die gleiche Strafe wie bei a für ein Jahr;
- Die Kollegen: 1. Grigori Nikolajewitsch Sachowlew, 2. Georgi Wassiljewitsch Bjelichow und 3. Sergej Segorowitsch Scharow — Internierung im Konzentrationslager für ein Jahr;
- Die Kollegen: 1. Feodor Alexandrowitsch Dymarew, 2. Swan Andrianowitsch Planski und 3. Sergej Sachowlewitsch Smirnow — die gleiche Strafe wie bei c für sechs Monate.

(Vergleiche die anliegende Abschrift des Schreibens der Moskauer Außerordentlichen Kommission Nr. 29767.)

Die Strafsache von M. A. Woronin ist aus unbekanntem Gründen ausgedernd und an das Moskauer Militärliche Revolutionstribunal geleitet worden. Außerdem wurde A. W. Orzechewitsch zu zwei Jahren Konzentrationslager verurteilt. Subakow und Rybakow befinden sich in Haft; die Außerordentliche Kommission der Eisenbahnen reklamiert sie für sich. Ein Teil der Kollegen wurde freigelassen.

Was haben die Moskauer Buchdrucker verbrochen, daß es nötig war, ihre Gewerkschaft zu zertrümmern? Welches ist die Schuld des der allgemeinen, geheimen, direkten und gleichen Wahl hervorgegangenen Vorstandes sowie der gewählten Vertrauensmänner und Mitglieder der Betriebsräte, daß sich die Notwendigkeit ergab, sie ins Gefängnis zu werfen und für Jahresfrist der Freiheit zu berauben? Die Moskauer Außerordentliche Kommission gibt darauf keine Antwort und hält es für überflüssig, Gründe anzuführen.

Wir fragen den Moskauer Rat der Arbeiter- und Bauerndeputierten, dem die Moskauer Außerordentliche Kommission unterstellt ist:

Wessen beschuldigt Ihr die Moskauer Buchdrucker?

Besteht ihre Schuld etwa darin, daß sie, in hartem Kampf an dem Aufbau ihrer Organisation arbeitend, ihre besten Kameraden dadurch verlieren, daß der Zarismus sie aus ihrer Mitte riß, um sie ins Gefängnis zu locken und in die Verbannung zu schicken, bald unterdrückt wirkend, bald von der Obrigkeit geduldet, daß sie sich also eine Gewerkschaft geschaffen haben, die auf der Grundlage einer weitgehenden demokratischen Selbstverwaltung und der Kontrolle durch ihre Mitglieder selbst, der Wählbarkeit und Verantwortlichkeit der Funktionäre aufgebaut ist?

Oder vielleicht darin, daß sie den Grundsatz der Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit der proletarischen Gewerkschaftsverbände verstoßen und gegen deren Verfaßlichung und Verwandlung in nichts andres als „Zugsapparate“ der kommunistischen Partei antämpften?

Oder etwa darin, daß sie das Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, dessen sie sich bei der Wahl des Vorstandes, der Vertrauensmänner und der Betriebsräte bedienten, verletzten?

Oder etwa darin, daß sie gegen die unflinige Sozialpolitik Front machten, die die Flucht gelernter Arbeiter aus der Industrie verurteilte und die Behörden dazu führte, die Arbeiter durch Zwangsmittel zum Verbleiben in der Stadt und dazu zu zwingen, sich mit der Hungerration zu begnügen (richtiger gelagt: Hungers Herben)?

Oder etwa darin, daß sie eine Bezahlung ihrer Arbeit verlangten, die es ihnen ermöglichen würde, zu existieren, ohne Nebenarbeiten ausüben zu müssen, die die Würde des Arbeiters nicht selten erniedrigen und seine Gesundheit vernichten?

Oder etwa darin, daß sie einen wirklichen Arbeiterschutz und eine wirkliche Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit usw. erstrebten und darauf bestanden, daß die Durchführung dieser Obliegenheiten sich selbst verwalten, unabhängigen und gewählten Arbeiterorganen unter unmittelbarer Kontrolle der Arbeiterschaft anvertraut werde?

Wieweil war das ihre Schuld, daß sie für die Freiheit des Wortes, der Presse, der Koalition und der Versammlungen kämpften?

Ist diese Tätigkeit, die auf Grundfragen beruht, welche das Ergebnis des Kampfes und der Praxis der Arbeiterbewegung aller Länder darstellen, verbrochlich? Ist sie der Kernpunkt der Anklage gegen die Moskauer Buchdrucker und ihre gewählten Vertrauensmänner, so soll man so ehrlich sein, das offen und mannhaft auszusprechen und ein öffentliches Gerichtsverfahren gegen die Beschuldigten zu führen und sich nicht hinter das geheime Verfahren der Moskauer Außerordentlichen Kommission zu verbergen. Die Arbeiter der Sozialistischen Sowjetrepublik mögen erfahren, aus welchem Anlaß ihre Organisationen der Zertrümmung preisgegeben und der Verfolgung ausgeliefert wurden.

Dazu kommt, daß die so bezogene Vergewaltigung noch dadurch in ihrer Bedeutung erhöht wird, daß sich unter den Verhafteten auch Mitglieder des Moskauer Rates der Arbeiter- und Bauerndeputierten befinden, und zwar: G. M. Buhkin, A. G. Dewjalkin, N. S. Zjulin, G. M. Sachowlew, M. S. Senin, G. A. Dymarew, S. A. Schlenski, N. S. Mchankin, G. W. Bjelichow, M. A. Woronin und ferner Subakow, deren Verhaftung eine glatte Verhöhnung des frei ausgesprochenen Willens der Moskauer Arbeiterschaft ist.

Sudem wir diese Erklärung abgeben, fragen wir den Moskauer Rat der Arbeiter- und Bauerndeputierten:

1. Ist dem Rat etwas von der Gewalttat bekannt, die die ihm unterstellte Kommission, die Moskauer Außerordentliche Kommission, beging?

2. Ist es ihm bekannt, daß über die Verhafteten, ohne Gerichtsverhandlung, im Infranzeweg ein Urteil gesprochen, daß sie zu verschiedenen Gefängnissen und andern Strafen verurteilt wurden, und daß sie sich auch jetzt noch in Haft befinden?

3. Ist es ihm bekannt, daß die unverfälschte freie Willensäußerung der Arbeiter des Druckergewerbes unterdrückt wird, indem ganze Druckereien Verfolgungen ausgeliefert werden und Arbeiter, die ihre Anklagen frei zum Ausdruck brachten und die Vernichtung ihrer Gewerkschaft verurteilten, der Verhaftung anheimfallen, daß also mit Hilfe des staatlichen Unterdrückungsapparats der Will der Arbeiter verfälscht wird?

Falls dies dem Rate bekannt ist, was denkt er zu unternehmen, um dem skandalösen Zustand ein Ende zu bereiten?

Wir bemerken noch, daß ein Teil der Verhafteten sich im Zagsker Gefängnis (Buhkin, Dewjalkin, Zjulin, Danilin, S. Sachowlew, Senin) befindet, ein anderer im Buchsker Gefängnis (Romanow, Woronin, Orzechewitsch), ein dritter im Ordnsker Lager (Dymarew, D. Sachowlew, Schlenski, Scharow, Smirnow), während Subakow im Sokolnikbesten Gefängnis eingesperrt ist.

Diese Erklärung bitten wir in der Vollversammlung des Moskauer Rates der Arbeiter- und Bauerndeputierten vorzulesen.

27. September 1920.

Dewjalkin, Buhkin, Zjulin, Sachowlew, Danilin, Senin.

Briefkasten

G. O. in A.: Wird wegen seiner beispiellosen Anmaßung abgelehnt. — M. A. in Oera: Der am 10. Februar eingegangene Bericht in nächster Nummer. — G. A. in Berlin: Die guten Absichten in Ehren, aber die Ausschließung für baldige Veröffentlichung des Berichts sind überaus trübe. Sondern warten vor Ihnen. — W. A. in A. und S. A. in S.: Beständig hierdurch Eingang. — O. G. in B. und A. A. in B.: Also von links und rechts wieder Berliner „Frühlingsboten“. Nach dem von uns in Nr. 27 in einem Absatz unter „Achtungen“ Gelegten müssen wir die angekündigte Sperrzeit für Mittel nun so praktisch handhaben, daß die neuen Eingänge so lange liegen bleiben, bis die alten „Einheiten“ untergebracht sind. Bei dem nicht knappen Lager auch in dieser Materie wird rechts und links inzwischen nicht zu kurz kommen. — G. A. in A.: Gewähr, den Bericht haben wir fernerhin erhalten; aber eine öffentliche Stellungnahme werden nicht erwünscht und nach unfer Auffassung vor einer besonderen Prüfung dieser Frage durch eine Gauso-Belehrungsbehörde auch nicht zweckmäßig. Daher bis auf weiteres lediglich zur Information mit Dank zur Kenntnis genommen. — P. B. in St.: 3,50 Mh.

(Streu eine Zeilae.)

Auf je 100 von den statistischen Berichten erlaßte Mitarbeiter entfielen Arbeitslose am Ende der letzten Woche des Monats:

	Dezember 1920			Januar 1921		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
Verband der Deutschen Buchdrucker	3,2	—	3,2	1,9	—	1,9
Büchsenmacher	3,4	1,4	2,1	2,2	1,8	1,9
Drucker	4,7	4,3	4,7	4,3	8,9	4,4
Centralverband	—	—	—	0,8	1,4	1,2
Waldenberghandwerk	1,6	—	1,6	1,1	—	1,1
Vertriebsvereinigungen	3,5	1,4	3,1	1,8	1,7	1,8
Buchbinder (Papier- und Buchbinder)	6,1	2,5	3,6	5,9	3,1	3,9
Alle Buchverleger (insgesamt 49)	4,3	3,4	4,1	4,6	3,4	4,1

Da es nicht zweckmäßig erscheint, aus den schwankenden Ziffern von nur zwei Monaten besondere Schlussfolgerungen zu ziehen, sei zum Schlusse nur noch darauf verwiesen, daß die gegenwärtige Mitgliederzahl unseres Verbandes etwa 77000 beträgt; die in der amtlichen Statistik in dieser Hinsicht enthaltenen Ziffern beziehen sich auf weiter zurückliegende Daten.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch den Internationalen Gewerkschaftsbund. Allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen hat das Bureau des ersten (Amsterdamer) durch ein umfangreiches Rundschreiben vom 9. Februar d. J. einheitliche Richtlinien zur Beachtung empfohlen, in denen die wirtschaftlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Mittel zu deren Bekämpfung in treffender Weise zusammengelassen sind. Die bemerkenswerthen Stellen dieser Rundgebung lauten:

Es ist unmöglich, zu behaupten, es wäre zu viel produziert, während infolge des Sieges die entsetzliche Verarmung

in der Welt herrscht, die meisten Länder vom Ende beimgefaßt und die Reichen noch nicht ausgefaßt sind. Man kann nicht sagen, die Weltproduktion wolle ein Übermaß an Waren, während Hunderttausende von Arbeiterfamilien nicht genug haben, um leben zu können. Es ist unerbörl, daß in Amerika, in England, in Frankreich und Teu Island plündernden Millionen während Millionen Frauen und Kinder ohne Kleidung sind. Es ist eine Schmach, daß enorme Mengen von Baumwolle vernichtet werden konnten, daß große Vorräte von Wolle unbenutzt liegen bleiben, die bei normaler Produktion wolle ein Übermaß an Waren, während Hunderttausende von Arbeiterfamilien nicht genug haben, um leben zu können. Es ist unerbörl, daß in Amerika, in England, in Frankreich und Teu Island plündernden Millionen während Millionen Frauen und Kinder ohne Kleidung sind. Es ist eine Schmach, daß enorme Mengen von Baumwolle vernichtet werden konnten, daß große Vorräte von Wolle unbenutzt liegen bleiben, die bei normaler Produktion wolle ein Übermaß an Waren, während Hunderttausende von Arbeiterfamilien nicht genug haben, um leben zu können.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsplatz 3 L.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 191.

Bruchsal. Der Kollege Paul Soretz (Hauptbuchnummer 512) reiste am 29. Januar hier ab unter Zurücklassung seines Buches und sonstiger Verbindlichkeiten. Um Angabe seiner Adresse bittet Karl Simon. Am 2. Febr. 1921.

Eszen. Folgende von Eszen abgereiste Kollegen: Drucker Erich Wolf (Hauptbuchnummer 25 889), der Gelehrer Franz Zaubler (113 192), Georg Brauer (113 057), August Köpcke (35 853) und Mathias Röhrl aus Euskirchen werden erucht, sich zwecks Regelung ihrer Verbandsangelegenheiten mit dem Bezirksratsreferent Ernst Sarmis in Eszen, Mittelstraße 18, in Verbindung zu setzen, anderenfalls Aus-schluß beantragt wird.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):
Im Gau Hamburg-Allona der Gelehrer I. Karl Hansen, geb. in Katharinenberg 1867, ausgl. in Alpenrade 1887; 2. Alois Mird, geb. in Hamburg 1885, ausgl. in Bremerstraße 1903; 3. der Drucker Karl Mendorf, geb. in Halle 1898, ausgl. in Hamburg 1916; 4. der Maschinenlehrer Oscar Kappl, geb. in Breslau 1879, ausgl. in Uebenerberg 1901; waren jenseit Mitglieder. — Fr. Rumbler in Hamburg, Beilenberghof 57 11.

Verammlungsakalender

Mischersleben. Verammlung Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr, im „Wohlbornhaus“ (Zimmer 5).
Baugen. Verammlung Sonnabend, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Spänes Einkehrhaus“.
Berlin. Korrespondenzverammlung Sonntag, den 13. März, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Algenbrunnstraße 44.
— Maschinenmellerverammlung am Donnerstag, dem 17. März, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2.
Eberfeld. Verammlung Sonntag, den 13. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Deutschen Kaiser“, Hofkamp.
Leipzig. Korrespondenzverammlung Montag, den 14. März, abends 6 1/2 Uhr, in der „Goldenen Gasse“, Dresdener Straße.
Magdeburg. Maschinenmellerverammlung Freitag, den 11. März, abends 7 Uhr, im „Bodenheiser“.
Opladen. Verammlung Sonntag, den 13. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Opladener Biergarten“, Sömerstraße 95.
Piacenza. Verammlung Sonntag, den 12. März, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Schillerpark.
Zelt. Verammlung Sonnabend, den 12. März, abends 7 Uhr, in der „Guten Quelle“.
Zittau. Bezirksverammlung Freitag, den 25. März, nachmittags pünktlich 11 Uhr, im „Bolschhaus“, Breile Straße.

Drei wichtige Nachschlagewerke

für die Hand jedes Buchdruckers

Bogel

Ausführliches grammatisch-orthographisches Nachschlagewerk der deutschen Sprache mit Einschluß der gebräuchlicheren Fremdwörter, Angabe d. schwierigeren Silbentrennungen und der Interpunktionsregeln. Nach der neuesten Rechtschreibung bearbeitet. Mit einem Verzeichnis geschichtl. u. geogr. Eigennamen. 608 Seiten. 8°. Preis 24 Mh. Das Eigenartige dieses Werkes besteht in der grammatischen Behandlung aller aufgenommenen Wörter. Der „Bogel“ bietet die neueste Rechtschreibung wohl fast aller deutschen Wörter und vieler lausender Fremdwörter, er gibt in zweifelsfreien Fällen auch die richtige Silbentrennung an. Jedes Hauptwort ist durch sämtliche Fälle durchdekliniert. Eindeutige Hunderte von Vornamen sind gleichfalls beachtet. Die Zeitwörter sind sämtlich nach einem feststehenden Schema durchkonjugiert und in ihrem wesentl. Satzverhältnis erklärt. — Sei Einflüßer, der neuen Rechtschreibung, weil über 100 000 Exemplare abgesetzt.

Köhler

Enzyklopädisches Wörterbuch für den deutschen Sprach- und Schreibgebrauch. (Aus der Sammlung Langenscheidts Taschenwörterbücher.) LXXII. 1176 Seiten. Geb. 30 Mh. Ein Konversationslexikon im kleinen! Mit diesen Worten ist der Zweck des vorliegenden Werkes am besten gekennzeichnet. Das Werk enthält alle deutschen und die gebräuchlichen fremdsprachlichen Wörter aus Handel, Technik, Industrie, Sport, Politik, Medizin usw., 3. B. Synonymwörter, Schularbeiten, Rechenarten, Chaotismus, Altruismus, Entente, Proporz und andre Bezeichnungen, die häufig im Leben vorkommen, die man nur oberflächlich kennt, deren volle Bedeutung man zum richtigen Verständnis seiner Lesart aber unbedingt wissen muß. Das Werk erfüllt in allen erforderlichen Fällen, was die einzelnen Wörter bedeuten, wie sie gelehrt und richtig ausgesprochen werden.

Sanders

Wörterbuch der Hauptschwierigkeiten in der deutschen Sprache. Vollständig neu bearbeitet von Dr. Julius Dumde. 8°. 462 Seiten. Gebunden 25 Mh. Es gibt im Deutschen wie in jeder in lebendiger Fortentwicklung begriffenen Sprache, unerbörl und selbst im Frankreich die Sprachgebrauch nicht zweifelslos festgesetzt ist und das Schwanken selbst bei den Gelehrten eine gewisse Unruhe erzeugt. In solchen und vielen anderen Zweigsfällen, wo sich auch für gebildete Deutsche im Gebrauch ihrer Muttersprache Schwierigkeiten irgendwelcher Art herausstellen, erteilt das vorliegende Buch schnelle und sichere Auskunft.

Zu allen Preisen der übliche Zuschlag.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, gegen Voreinrichtung des Betrags, zuzüglich 20 Proz. Zuschlag, auch direkt von der
Langenscheidtschen Verlagsbuchhandlung (Professor G. Langenscheidt)
Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29 30.

Bereinsbuchdrucker zu Hannover

einlegt. Gen. u. befeh. Schriftst. Zu der am Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr, im „Regierheim“, Verberstraße 3, stattfindenden [519]

Generalsverammlung

werden die Mitglieder hierdurch eingeladen.
Tagesordnung: Die im § 57 Abs. 1 bis 6 des Statuts bestimmten Geschäfte und eventuell Wahl eines dritten Vorstandsmitgliedes. Die Bilanz kann im Geschäftslokal in Empfang genommen werden.
Hannover, 6. März 1921.
Der Vorstand,
C. Rosenbruch, Georg Nolte,
Dr. Kuffner,
G. Schwerdtfeger.

Nur durch genaue Kenntnis des inneren Menschen erhalten Sie Ihre Gesundheit. Weichen Sie daher die farb. zerlegbaren anatom. Modelle des männl. u. weibl. Körpers j. 5,50 Mh. Nachr. Buchverlag „Alpen“, Fried. Ischold b. Weisel. 518

Fingerquellschungen am Flegel

werden vermieden durch Rauchs gel. gest. Anlegemarien. Hängenbleiben des Bogens beim Anlegen unmöglich; auftrieb- u. aufgabenartig. 12 Stk. 13 Mh., 6 Stk. 7 Mh., 3 Stk. 3,50 Mh. poliret. M. Rauch, Stuttgart, Hohenzoll.-str. 9.

Seherblusen

gestreift Friedensquastlät 100 110 120 130 cm lang 105 107 109 111 Mh.

Druckeranzüge

in guter, schwerer Qualität Nr. 44 u. 46 48 u. 50 52 u. 54 Mh. 100 105 108

St. Hüner, 85 Hofgasmar bei Kassel.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene

Volksfürsorge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.

Einzahlungen zu 1,50 und 6,50 Mh. 6 Stk., 7 Mh., 3 Stk. 3,50 Mh. 6 Stk., 7 Mh., 3 Stk. 3,50 Mh. poliret. M. Rauch, Stuttgart, Hohenzoll.-str. 9.

Am 2. März verschied nach langem, schwerem Schlupfiden unter lieber Kollege, der Schriftfcher

August Dhneberg

im Alter von 51 Jahren. Die Mitgliedschaft verliert in ihm ihren treuen, äußerst gewissenhaften Kassierer und Reichsanzverwalter, welche Posten er fast 25 Jahre zur vollsten Zufriedenheit aller Kollegen bekleidete. Wir werden seiner stets ehrend gedenken.
Mitgliedschaft Kempten 1. 21.
„Typographie“ Kempten.

Von den während der „Bugra“ 1914 herausgegebenen Postkarten mit dem

Verbandsmonument

in noch ein kleiner Vollen zum Preise von 15 Pf. für zwei Stück (Preis- und Preisdruck) abgegeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 10 Pf.).
Gegen Voreinrichtung des Betrags auf unter Postcheckkonto, Leipzig Nr. 61323, zu beziehen von
Geschäftsstelle des „Astr.“

Setzregale und Kästen

in jeder Formgröße, Setzregale, Malch- und Holzregale und Farbendränge. Sehr breiter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager.
Dezner & Moll, Düsselb., Grenz-Adolf-Str. 112.

Alphabetheile

Verlag des Bildungsvorbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittegeb.), Postfachkonto 53 430.

Zurichmesser und Scheren

Zilien und Pinzetten sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehlt A. Stegl, München 9, Kolumbusstraße 1. Katalog 30 Pf.

Bei Arbeitsmarkt sowie kleinen Anzeigen wollen Interessenten bei Vorlieferungs wegen den Best gleich mit befüßen; bei Verträgen unter einer Mark Dreimarkten, kein Abbinolgelb.

Geschäftsstelle des „Astr.“

Amfang März verschied nach längerer Krankheit unter langjähriger Druckermitglie, der

Ludwig Klotz

im Alter von 83 Jahren. Ein ehrenvolles Andenken werden ihm bewahren
Die Kollegen der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Am 28. Februar verstarb nach mehrwöchigem, schwerem Leiden unter langjähriges Mitglied, der

Oslo Krüger

im Alter von 52 Jahren. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Bezirksverein Naumburg.

Am 2. März verschied nach langem, schwerem Schlupfiden unter

August Dhneberg

im Alter von 51 Jahren. Die Mitgliedschaft verliert in ihm ihren treuen, äußerst gewissenhaften Kassierer und Reichsanzverwalter, welche Posten er fast 25 Jahre zur vollsten Zufriedenheit aller Kollegen bekleidete. Wir werden seiner stets ehrend gedenken.
Mitgliedschaft Kempten 1. 21.
„Typographie“ Kempten.

Raucher

die mit dieser teuren Leidenschaft behaftet sind, werden durch unser bewährtes „Albin“ bereit. Nachtrag zur dreiwöchigen Kur 6 Mh., Nachnahme 45 Pf. (unabhängig). Wirkung garantiert. 1800 Dankschreiben, Gebrauchsanw. liegt bei. Deulich & Co., Reckhlin, Postfach 149.

Typographseher

zu baldigem Antritt gesucht. [517] Fr. Gohmanns Weg d. andere, (Gohs. Lbbeken), Schle. wig.

Hamburg Typographseher

für A- und B-Maschine sofort gesucht. Dauerstellung. [1511] Buchdruckerei Gremmer & Krüger, Hamburg, Schillerstraße 15.

Schweizerdegen

der mit Augsburger Doppelmessing verfertigt und auch in kleinen Abzügen durchaus herrlich ist, wird zum niedrigen Preise von 10 Mh. abgeh. Gehalt über Tarif nach unten. West. Offerten an Buchdruckerei und Verlag „Der freie Arbeiter“, Sufum (Schleswig-Holstein).

Schriftfcher

sofort für dauernd gesucht. [516] Schriftfcher Otto Welfert, Stuttgart.

Maschinenmeister

nicht unter 23 Jahren, möglichst Norddeutscher, der die Tupper-Glaserdruckrolle schon kennt oder das Arbeiten an derselben bei mir erlernen will, kann sofort eintreten. Ich verleihe auch in Sachen etwas erfahren (Schweizerdegen), so wäre dies angenehm, ist aber nicht Bedingung. [1500] Anton Gerhar, Emden.

Monotypiegeher

an festes, selbständiges Arbeiten gewöhnt, nach auswärtig für neu aufgearbeitete Maschinen in angenehme, gutbezahlte Stellung gesucht. Wohnung vorhanden, Umlage wird voll bezahlt. Nähere Meldungen unter R. E. 509 an die Geschäftsstelle d. Zl. erbelen.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

Tustierer Fertigmacher Schriftfcher

Ludwig & Mayer, Frankfurt a. M.

Wichtige Galvanoplastiker

gesucht. Neuerungen mit Gehaltsanprüchen, Altersangabe und Zeugnisabschriften an [506] Gebr. Klingtpot, Offenbach a. M..

Typographseher

Welcher Typographseher in Rheinpfalz oder Rheinhessen lauch u. in einem Kollegen in guter Stellung in Soell (Westf. a. n.)? Nachricht erbelit [520] Lindw. Diech, Soell i. W., Steingraben 16.

Wichtige Maschinenmeister

gefehen Alters, welcher mit allen Arbeiten einer mittleren Drucker betraut ist, wünscht sich zu verändern. Selbiger ist in unangenehmiger Stellung und kann auch am Süden ausweichen. Offerten unter M. W. 521 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Maschinenband

Erlaubenquastlät, Heiern [81] Wegner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.